

Redemanuskript von Jochen Marquardt, DGB-Geschäftsführer Ruhr-Mark  
am 1. September 2014 in der Rotunde Bochum auf der Veranstaltung  
des DGB Bochum und des Bochumer Friedensplenums

## **1. September 2014 – Anti-kriegstag Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!**

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte  
Gäste!

Vorweg mein Dank für die Einladung hier am heutigen Antikriegstag zu sprechen.  
Danke aber vor allem den Menschen die diesen Tag in dieser Stadt seit vielen Jahren  
und mit vielen Aktionen organisieren.

Ein besonderer Dank all jenen, die die heutige Antikriegsveranstaltung organisiert  
und gestaltet haben. Verbunden mit einem Gruß und Dank an den DGB-  
Stadtverband in Bochum der diese Veranstaltung gemeinsam mit den  
Friedensinitiativen vorbereitet hat trägt.

Wir haben viele Feier- und Gedenktage; viele die arbeitsfrei sind oder auf  
gesellschaftliche und religiöse Ereignisse abheben: Unter ihnen keinen, der im  
Grunde eine solch wichtige Erinnerungsarbeit leistet wie der 1. September, der uns  
und alle anderen Menschen auf der Welt daran erinnert und mahnt:  
Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!

100 Jahre Erster Weltkrieg – 75 Jahre Zweiter Weltkrieg:

Kriege brechen nicht einfach aus und sie kommen auch nicht wie Naturkatastrophen.  
Kriege werden von Menschen vorbereitet und gemacht. Das war so vor 100 Jahren  
beim Ersten Weltkrieg und das war so vor 75 Jahren beim Zweiten Weltkrieg.  
Beide Kriege waren vom Griff Deutschlands nach der Weltmacht getrieben. Allein  
diese beiden Kriege haben mehr als 75 Mio. Menschenleben gekostet.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft auch in diesem Jahr zum Gedenken und zur  
Teilnahme an Friedensaktionen zum Antikriegstag auf und auch ich möchte hier ein  
deutliches Zeichen für die Gewerkschaften setzen: Wir wollen Frieden und  
Gerechtigkeit in der Welt. Und die beiden historischen Daten mahnen uns in  
besonderer Form.

Beide Jahrestage machen den diesjährigen Antikriegstag zu einem zentralen Tag der  
Erinnerung und des Mahnens. Auch heute gilt: Kriege entstehen nicht von heute auf  
morgen, sie sind Ausdruck verfehlter Kommunikation und Konfliktlösung. Sie werden  
von Menschen angezettelt, von Menschen durchgeführt und Menschen haben die  
Auswirkungen zu ertragen. Sie werden getötet, verwundet und vertrieben. Ihr Leben  
wird bis in die Grundfesten erschüttert - während andere aus Kriegen Profite  
schlagen oder ihre Machtinteressen durchsetzen.

Kriege waren immer und sind immer Interessengeleitet – gleich ob sie über  
Religionen, direkte wirtschaftliche oder geostrategische Interessen definiert werden.

Daran erinnern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften seit 1957 nicht nur am Antikriegstag:

Nie wieder darf Krieg von deutschem Boden ausgehen.

Trifft diese Aussage auch heute noch uneingeschränkt zu?? und wollen wir diese Aussage weiterhin lebendig halten und uns für sie stark machen?

Im diesjährigen Aufruf des DGB ist zu lesen:

In diesem Jahr stehen die Aktionen unter besonderen Zeichen. In vielen Regionen der Welt finden Kriege und bewaffnete Auseinandersetzungen statt. Für die Gewerkschaften ein deutliches Zeichen, dass Gedenken und Mahnen an die schrecklichen Ereignisse der Weltkriege leider nicht reicht, um die richtigen und ausreichende Lehren zu ziehen.

Die im Grundgesetz festgelegte Aufgabe der Bundeswehr zur Landesverteidigung wird seit Jahren in Richtung internationaler Interventionen verschoben. Der DGB sieht dies kritisch und fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, weder direkt noch indirekt militärische Interventionen zu unterstützen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind. Wir halten daran fest, dass es das Parlament sein muss, das über das Ob und Wie aller Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden hat: Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee. Rüstungsexporte müssen strengen Regeln unterliegen, sie dürfen nicht aufgeweicht werden. Der DGB wird sich dafür einsetzen, Rüstungsausgaben weltweit zu senken um stattdessen die Lebens- und Bildungschancen der Menschen zu erhöhen.

Und als Vertreter des DGB sage ich hier an dieser Stelle: Das gilt auch und besonders für die aktuellen Brandherde in der Welt.

Das gilt für die Ukraine – hier darf es nicht um die Frage gehen: was will Russland, was will Amerika, was will die EU ??

Es müssen Wege gefunden werden, die den Menschen in der Ukraine eine selbstbestimmte und friedliche Zukunft ermöglichen. Selbstbestimmung und Frieden darf nicht auf dem Altar unterschiedlicher ökonomischer und geostrategischer Interessen geopfert werden.

Nicht nur die Suche nach Schuldigen, bzw. die Bestimmung von Schuldigen gehört ins Zentrum der Lösungssuche, sondern es muss gelingen die Herausforderungen für eine gute Zukunft in die Hände der Menschen in diesem Lande zu legen. Das wird keine einfache Aufgabe sein – aber es ist die einzige, die helfen kann, in Frieden zu leben und die Lebensbedingungen miteinander zu gestalten.

Das gilt gleichermaßen auch für die Auseinandersetzungen in Gaza. Ich will auch hier keine Schuldzuweisungen in den Mittelpunkt rücken. Auch hier gilt: Die Menschen in Israel und in Palästina haben ein Recht auf ihre jeweiligen Lebensräume und sie haben ein Recht darauf miteinander eine gemeinsame Lebensperspektiven zu finden. Dabei helfen weder Raketen noch Bodentruppen.

Und ich will auch einen aktuellen dritten Krisenherd ansprechen: Die schrecklichen Bilder aus dem Irak und aus Syrien berühren uns alle gemeinsam. Sie erschrecken durch ihre Brutalität und durch einen schier unendlichen Waffeneinsatz, durch Tod und Elend.

Wer angesichts dieser Bilder und den erschütternden Entwicklungen allerdings darüber nachdenkt durch Waffenlieferungen zu helfen, unterliegt einem bösen Trugschluss. Ich bin jedoch sicher: Waffen gibt es bereits viel zu viele in dieser Region!!

Zudem Waffen an kurdische Gruppen nach aktuellem Gutdünken europäischer und amerikanischer Interessenlage zu liefern, ist unverantwortlich und absurd. Die Überlegungen der Bundesregierung sind zudem ein Verstoß gegen unser Grundgesetz und sie sind durch nichts zu rechtfertigen.

„Wir protestieren mit aller Schärfe gegen die Waffenlieferungen an die Kurden im Irak. Eine nicht-staatliche Organisation darf in einem Kriegsgebiet nicht mit Waffen der Bundeswehr ausgestattet werden. Wenn dem Terror der IS nur mit militärischen Mittel Einhalt geboten werden kann, ist ein UN-Mandat für einen Einsatz im Irak der einzig gangbare Weg.“

Ja diese ISIS-Gruppen, die übrigens auch einmal durch Gutdünken der amerikanischen Politik bewaffnet wurden und Unterstützung fanden, bewegen sich wie Barbaren und es muss ihnen Einhalt geboten werden.

Dazu gilt es aber die UN in Bewegung zu bringen und eine weltweit getragene Offensive zu starten, die die Chance hat, dort die kriegerische und menschenvernichtende Politik zu beenden.

Und dazu gehört über viel mehr als über Waffeneinsätze nachzudenken. Und ich will es an dieser Stelle ganz deutlich sagen:

Eine Regierungsmehrheit im Bundestag, die am Antikriegstag, an dem Tag, an dem vor 75 Jahren Deutschland den 2. Weltkrieg angezettelt hat, die Lieferung von Kriegswaffen ohne UN-Mandat beschließt, handelt vollständig geschichtsvergessen und unverantwortlich. Ich hoffe und wünsche mir den Protest aus allen gesellschaftlichen und politischen Kreisen. Von Kirchen und Gewerkschaften, aus Parteien und gesellschaftlichen Gruppen – aus Kultur und Wissenschaft!

Und auch hier möchte ich aus dem Aufruf des DGB zitieren:

### **Soziale Gerechtigkeit ist Friedenspolitik**

Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt nicht erst am Runden Tisch. Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt mit der Erkenntnis, dass Frieden ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist. Demokratische Teilhabe, [Bildung](#), [gute Arbeit](#) und soziale Sicherheit haben großen Einfluss darauf, politische und gesellschaftliche Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Darüber hinaus verfügen Demokratien über

bewährte Mechanismen, Kontroversen aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu lösen. Trotzdem werden politische, ethnische oder religiöse Konflikte Teil der globalen Realität bleiben - wie aktuell in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens oder der Ukraine. Die internationale Staatengemeinschaft muss alle diplomatischen Anstrengungen unternehmen, die zur Entschärfung der Situation beitragen und die Waffen zum Schweigen bringen.

### **Humanitäre Flüchtlingspolitik ist Friedenspolitik**

Kriege, Bürgerkriege, ethnische, politische und geschlechtsspezifische Verfolgung oder rassistische Diskriminierungen zwingen viele Millionen Menschen zur Flucht oder zum Verlassen ihrer Heimat. Vor allem die angrenzenden Regionen und Staaten tragen einen Großteil der damit verbundenen Lasten. Sie brauchen mehr Unterstützung von der Staatengemeinschaft. Die Länder der Europäischen Union müssen ihre Verantwortung beim Schutz von Flüchtlingen stärker wahrnehmen. Wer vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung flieht, muss in Deutschland und der EU Aufnahme finden, individuell Asyl oder einen Schutzstatus beantragen können und in einem fairen Verfahren anerkannt werden.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass Tausende von Flüchtlingen bei dem Versuch sterben, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Rettung von Menschen in Seenot muss oberstes Gebot sein. Länder an den Außengrenzen der EU dürfen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nicht allein gelassen werden: Unhaltbare Zustände in den Flüchtlingslagern und Zurückweisungen sind die Folge. Wir brauchen ein EU-weites, gerechtes System zur Aufnahme und Anerkennung von Flüchtlingen.

Ich möchte die Erfordernisse für unser Land an dieser Stelle mit einigen wenigen Schwerpunkten zusammenfassen:

1. Wer Frieden will muss Friedenswege suchen und finden. Dazu gehört es jegliche Waffenlieferungen einzustellen. Dazu gehört es sich als Drittgrößter Waffenlieferant auf der Welt für einen anderen Weg zu entscheiden.

Das meint u.a.

Zweitens: – auch für uns Gewerkschaften – anstatt immer mehr und vermeintlich bessere Waffen wieder in eine produktive Debatte um Rüstungskonversion einzusteigen und auf zivile Produktion umzubauen.

Und das heißt drittens:

die aktuelle und eigene deutsche Politik in eine andere Richtung zu lenken:

Herr Bundespräsident Gauck – dazu brauchen wir kein Deutschland, das sich mit militärischer Stärke ins Weltgeschehen einmischt, sondern ein Deutschland, das aus leidvoller Erfahrung der eigenen Geschichte Wege zu friedlichen Lösungen einfordert und bereit ist diese Welt friedlich mitzugestalten.

Frau Bundesverteidigungsministerin von der Leyen: Erinnern sie sich an das Gedicht „Sag Nein“ von Wolfgang Borchert und sagen sie Nein, wenn sie danach gefragt werden, ob deutsche Soldaten im Ausland zum Einsatz kommen sollen und sagen Sie Nein zu militärischen und Menschenleben vernichtenden Drohnen.

Herr Wirtschaftsminister Gabriel. Wir begrüßen ihre Haltung Rüstungsexporte zurück zu drängen und wir freuen uns darüber, dass Waffenproduktion keine Basis für gute Arbeitsplätze ist – und wir bitten darum: Nach dem Reden – Taten folgen zu lassen.

Und zuletzt an dieser Stelle noch ein ganz knappe Bemerkungen zu den Auseinandersetzungen um die Bundeswehr auf Ausbildungsmessen und in Schulen:

Hier will ich nicht lange erklären: Die Bundeswehr und ihre Vertreter haben an unseren Schulen nichts verloren – wir wollen sie nicht auf unseren Ausbildungsmessen! Punkt!!

Und es geht immer auch darum zu klären, dass Kriege dort am besten verhindert werden können, wo Gerechtigkeit herrscht, wo es eine gerechte Verteilung gibt und wo der Kampf gegen Armut, für gute Arbeit, Bildung und gutes Leben aller Menschen die politische Navigation bestimmt.

### **Zum Schluss: Nie wieder Faschismus**

Der Antikriegstag verpflichtet uns auch zum entschiedenen Widerstand gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Gerade die lange verborgen gebliebenen Terror-Akte der NSU mahnen uns wachsam zu bleiben. Dies gilt auch für ausländerfeindliche Demonstrationen und Angriffe auf Flüchtlingsheime, denen sich immer wieder viele engagierte und mutige Gewerkschafter und Nicht-Gewerkschafterinnen entgegenstellen. Diese Courage erwarten wir auch von den politisch Verantwortlichen: und dazu gehört auch ein Verbot der NPD.

Vielen Dank fürs Zuhören – lasst uns gemeinsam alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte mobilisieren und lautstark „Nein sagen“ zu Krieg und Faschismus und lasst und unüberhörbar für Frieden und friedliches Miteinander eintreten.

Während wir am heutigen Tag leider eingebunden sind in einen Rahmen von kriegerischen Auseinandersetzungen, wünsche ich mir für die nächsten Jahre einen Antikriegstag an dem wir uns nicht treffen um Frieden in der Welt einzufordern, sondern einen Weltfriedenstag an dem wir den Frieden in der Welt miteinander feiern.

Es gilt das gesprochene Wort....